

Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie
Herrn Bundesminister

24. Oktober 2020

Peter Altmaier MdB -persönlich-

11019 Berlin

Sehr geehrter Herr Minister Altmaier,

wie wir der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie / Bundesministerium der Finanzen entnehmen konnten, wurde die Möglichkeit der Förderung für Unternehmer verlängert. Dies ist zunächst vor dem Hintergrund der durch die Politik getroffenen verschärften Maßnahmen eine gute Entscheidung.

Noch immer sind jedoch die Kosten des privaten Lebensunterhaltes, wie Miete oder Hypotheken, Krankenversicherungsbeiträge sowie die Altersvorsorge nicht durch die Überbrückungshilfe abgedeckt.

Dies ist ein Schlag ins Gesicht der Unternehmer, die häufig wenig laufende betriebliche Kosten haben, aber von dem was sie erwirtschaften leben, sowie Steuern, Krankenkassenbeiträge und ihre Altersvorsorge bezahlen müssen.

Sie treiben diese Menschen mit Ihrer Regelung in die Grundsicherung. Sie machen Unternehmer, die die Basis dieses Landes sind zu Bittstellern beim Staat, statt ihnen zu ermöglichen, ihr Unternehmen fortzuführen.

Sie nehmen Insolvenzen in großer Zahl in Kauf. Sie nehmen in Kauf, dass viele Unternehmer ihre Altersvorsorge nicht mehr bezahlen können – ja sie sogar auflösen müssen um jetzt zu überleben. Im Alter werden diese Menschen dann wiederum auf Grundsicherung angewiesen sein.

Wenn die Bundesregierung schon dafür sorgt, dass Abertausende von Unternehmern in Not geraten, ist es aus unserer Sicht unerträglich, wenn diese Menschen nun noch zu Bittstellern degradiert und mit hohlen Phrasen abgespeist werden.

Fazit: Der Unternehmerlohn muss mit in die Förderung aufgenommen werden.

Wir fordern darüber hinaus, wie Ihnen bereits in einem vorangegangenen Schreiben mitgeteilt, noch immer:

1. Aufhebung der epidemischen Lage nationaler Tragweite und Rückgängigmachen aller in diesem Kontext getroffenen Maßnahmen. Es handelt sich derzeit um eine Laborpandemie, die durch keinerlei wissenschaftliche Evidenz gerechtfertigt ist. Es gibt mittlerweile sehr viele wissenschaftliche Studien, die eindeutig belegen, dass Masken und Shutdown/Lockdown keinen Effekt auf das Infektionsgeschehen hatten, z. B. <https://www.aier.org/article/lockdowns-and-mask-mandates-do-not-lead-to-reduced-covid-transmission-rates-or-deaths-new-study-suggests/>. Eine ausgezeichnete Faktenübersicht zu Covid-19 finden Sie ebenfalls unter <https://swprs.org/fakten-zu-covid-19/?sfw=pass1602249177>

2. Abschaffung von willkürlichen Grenzen wie z. B. 50 Infektionen pro 100.000 Einwohnern, um ein Gebiet als Risikogebiet zu definieren. Im besten Fall hat der PCR-Test eine Fehlertoleranz von 1%, d.h., bei 100.000 Getesteten würden sich alleine 1000 Falsch-Positive finden. Der PCR-Test weist lediglich Nukleinsäure-Schnipsel nach und selbst ein echtes positives PCR-Ergebnis sagt nichts über Infektion, geschweige Krankheit aus. Für

viele von uns ist für die Ausübung ihres Berufes die Reisefreiheit notwendig. Wir haben keinerlei Planbarkeit und können gegenüber unseren Kunden und auch unseren Lieferanten teilweise keine Verbindlichkeiten einhalten, wenn fast täglich neue Risikogebiete mit neuen beschränkenden Regeln definiert werden.

3. Jeder seriöse Unternehmer betreibt schon immer ein aktives Risikomanagement, was bedeutet, dass Nutzen und Risiken von Entscheidungen gegeneinander abgewogen werden, im Gegensatz zur Bundesregierung und den Länderregierungen, denn es ist uns nicht bekannt, dass dies vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie jemals erfolgt ist. Wir fordern, dass dies sofort nachgeholt wird und über die Mainstream-Presse veröffentlicht wird (Print/Internet und TV) – auch für die absehbaren Schäden in der Zukunft. Es gibt den ehrbaren Kaufmann, zu dessen Werten Ehrlichkeit gehören muss, will er langfristig erfolgreich sein. Verdummt uns die Bundesregierung und Sie, Herr Minister? „Ehrlich währt am längsten“, Sie kennen das Sprichwort vermutlich – aus unserer Sicht wäre es Zeit, dem endlich nachzukommen und die ehrlichen Fakten auf den Tisch zu legen.
4. Schadensersatz für die bisher entgangenen Umsätze durch die eindeutig fehlerhaften Entscheidungen der Politik. Kritische Stimmen haben schon im März darauf hingewiesen, dass der Shutdown unnötig war.

Wir freuen uns auf eine Einladung zu einem Runden Tisch mit Vertretern aus unserer Gruppe.

Mit freundlichen Grüßen